

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 12

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Französische Ungewissheiten

Nach vier Jahren politischer Unruhe, die durch die Niederlage der sozialistischen Partei in den Legislativwahlen von 1986, die Cohabitation und die sozialen Krisen — hervorgerufen vor allem durch die Studenten und die Krankenschwestern — gekennzeichnet waren, segelt Frankreich in ruhigeren Gewässern.

Dennoch ist diese ungewohnte Pause trügerisch. Hinter dem Rauchvorhang der sonntäglichen Erklärungen und der parlamentarischen Debatten bahnen sich unsichtbare Prozesse an, welche die politische Organisation des Landes tiefgreifend verändern.

Die Linke setzt auf Dauer

In diesem langfristig geplanten Unternehmen verfügen François Mitterrand und Michel Rocard über einige Trümpfe. Ein erster Vorteil besteht darin, dass sie zu einem günstigen Zeitpunkt an der Macht sind. Neun Jahre nach dem ersten Erfolg der Linken in der Geschichte der Fünften Republik verfügen sie schon über eine lange Erfahrung, ohne jedoch unter der Abnützung der Macht zu leiden. In dieser Hinsicht weist ihre Situation gewisse Ähnlichkeiten mit dem Tandem de Gaulle-Pompidou von 1966, dem Jahr nach der insgesamt brillanten Wahl de Gaulles in der Volksabstimmung.

François Mitterrand hat offensichtlich verstanden, dass ein Präsident, der

über ein Septennat hinaus dauern will, sich aus den laufenden Geschäften des Tages heraushalten und Konsensfähigkeit an den Tag legen muss, wobei er eine Einmischung in gesellschaftssplittende Konflikte zu vermeiden hat. Die amtierenden Minister stellen fest, dass der Premierminister über eine grössere Autonomie verfügt, als sie Pierre Mauroy und Laurent Fabius kannten. Rocard's Sieg kontrastiert mit Margaret Thatchers Niederlage.

Michel Rocard verkörpert den regierenden Sozialismus. In seiner Arbeitsmethode verbindet er persönliche Anliegen mit den Forderungen der Stunde. Da er im Parlament nicht über eine komfortable Mehrheit verfügt, ist er gezwungen, bei allen wichtigen Gesetzesentwürfen mit den Kommunisten und einer Fraktion der Opposition zu verhandeln. Desgleichen zwingt ihn die gute Wirtschaftslage, den aktiven sozialen Dialog mit denjenigen aufzunehmen, die heute Lohnerhöhungen fordern, nachdem die Löhne infolge der Krise jahrelang blockiert waren.

Das Hauptanliegen des Ministerpräsidenten wie jenes von Präsident Mitterrands ist es jedoch, auf den Faktor Dauer zu setzen. Für ihn handelt es sich darum, in zunehmendem Masse seine Autorität durchzusetzen, wie dies Pompidou zwischen 1962 und 1968 getan hatte, und dadurch der einzig mögliche Kandidat der sozialistischen Partei für die Präsidentschaftswahlen von 1995 zu werden.

Diese Ausrichtung auf Langfristigkeit erklärt weitgehend die Haltung von Michel Rocard. Indem er sich seinen Ministern gegenüber verhält wie es das Elysée ihm gegenüber tut, überlässt er ihnen die gefährlichen und undankbaren Angelegenheiten, wie Radio und Fernsehen, den Streik der Krankenschwestern, zweitrangige Budgetentscheidungen. Dafür zögert er nicht, jene Geschäfte zu übernehmen, deren Lösung sein «Image» als Regierungschef und Mann der Öffnung stärken kann: Neu-Kaledonien, Erziehung, Neuorganisation der Pariser Region.

Dieser Wille, Distanz zu halten und in sechs Jahren eine Wählermehrheit aufgebaut zu haben, erklärt auch die Vorsicht, die er bei seinen Entscheidungen walten lässt. Es ist nicht ratsam, das zerbrechliche Gebäude zu erschüttern, indem man durch zu stark von linken Optionen bestimmte Entscheidungen trifft oder Ernennungen vornimmt. Dadurch erklärt sich zweifellos, dass zwei ebenso wichtige wie dringende Reformen, die das Unterrichtswesen und Gross-Paris betreffen, sich extrem langsam entwickeln und weder Ehrgeiz noch ein Konzept erkennen lassen. Diese Projekte bergen nun tatsächlich ernsthafte Gefahren des Entgleisens. Die Massenkundgebungen der «Lycéens» haben es bewiesen.

Die vorsichtige Haltung des Präsidenten und des Regierungschefs wird durch die Resultate der Meinungsumfragen belohnt. Mit der über 50 Prozent liegenden positiven Beurteilung übertreffen die beiden Politiker ihre Gegner oder Konkurrenten. Man muss zugeben, dass die politische Klasse inskünftig durch die Schwankungen dieses Meinungsbarometers bestimmt wird: ein gutes Abschneiden ist eine

Quelle der Beruhigung, während ein Machtapparat, der eine klare Mehrheit der Meinungen gegen sich hat, schwach und verletzlich wird. Die Linke hat diesbezüglich zwischen 1983 und 1986 ihre bitteren Erfahrungen gemacht.

Kann man aus diesem Sachverhalt schliessen, dass die Regierung im Begriff ist, die sozialdemokratische Synthese zu verwirklichen, die geeignet sein könnte, die Geschicke des Landes im nächsten Jahrzehnt zu bestimmen, so wie es der von Pompidou konzipierten konservativen Synthese gelang, sich von 1962 bis 1981 zu behaupten? Es trifft zu, dass Präsident Mitterrand und Premier Rocard von zwei Gegebenheiten profitieren können, die denen ihrer gaullistischen Vorgänger ähnlich sind: das *Savoir-faire* der Professionellen und die extreme Schwäche der Opposition.

Die Schwächen der Opposition

In einem Land wie Frankreich ist die intellektuelle und moralische Schwächung der Rechten ein ebenso erstaunliches Phänomen wie die mangelnde Präsenz der französischen Sozialisten in den sechziger Jahren, zu einem Zeitpunkt, als die Sozialdemokratie im übrigen Europa triumphierte.

Wie für die SFIO vor einem Vierteljahrhundert scheint die Hauptursache — aber nicht die einzige Erklärung — dieser Entwicklung die Häufung von Irrtümern in der Analyse durch die Verantwortlichen der Rechten zu liegen, die mit einer erstaunlichen Beharrlichkeit Fehlinterpretationen der Schwankungen der öffentlichen Meinung gaben, deren machtlose Zuschauer sie waren.

Der erste Irrtum bestand 1981 darin zu glauben, die Linke sei unfähig zu regieren und sei nach ein bis zwei Jahren — Jacques Chirac sagte dies voraus — nur allzu gerne bereit, die Macht an die Rechte abzutreten, die wieder ihre natürliche Rolle der Regierungspartei übernehmen würde. Die damaligen Meinungsumfragen zeigten jedoch, dass die Wählerschaft eine abgenutzte und auf lange Sicht diskreditierte Koalition loswerden wollte, ohne sich deshalb für einen harten und reinen Sozialismus zu begeistern, wie das Militante des sozialistischen Parteikongresses von Valence glaubten.

Der zweite Irrtum — er wurde von den Führern des RPR und der republikanischen Partei im Jahre 1986 geteilt — bestand in der Vorstellung, dass die Franzosen, indem sie jede Form des bürokratischen Etatismus ablehnten, geneigt wären, sich einem wirtschaftlichen Liberalismus im Sinne Reagans zu verschreiben. Auch hier konnte nur ein eigentümlicher Mangel an Psychologie dafür verantwortlich gemacht werden, dass man annahm, ein altes, über Jahrhunderte durch zentrale Verwaltung geprägtes Land, deren Vorteile in ihrer gaullistischen oder sozialistischen Form man noch sichtlich schätzte, von einem Tag auf den anderen die Mentalität der amerikanischen Bürger annehmen würden, die durch ganz andere staatsbürgerlichen Erfahrungen geprägt sind.

Der dritte Irrtum war — zwischen 1986 und 1988 — Jacques Chirac und seinem Stab zuzuschreiben und ist wahrscheinlich am erklärlichsten. Er bestand in der Annahme, dass eine aggressive Haltung und eine starke Verankerung der Rechten den Schlüssel zum Sieg der Präsidentenwahlen von

Das war einmal

«Frankreich suchte die Quadratur des Kreises, wollte in der europäischen Konstruktion mit der Bundesrepublik gleichziehen, ihr aber auch überlegen sein, durch die bewährte militärische Unabhängigkeit, insbesondere die Atomwaffe, auf die Bonn verzichten musste, durch eine aktive Weltpolitik, die sich darin von der deutschen Diplomatie unterschied, und durch die Absicht, die Gemeinschaft weniger bindend zu machen mit Abbau der supranationalen oder mehrheitsgebundenen Entscheidungen. Doch insgesamt gründete diese Politik auf der deutschen Teilung.»

Stanley Hofmann, Frankreich in der neuen europäischen Ordnung.
In: «Politique Etrangere» 3/1990.

1988 sein würden. Die Geschichte der V. Republik und die Erfahrung der gaullistischen Bewegung, wie sie von de Gaulle und dann von Pompidou gestaltet worden war, widersprach jedoch dieser Theorie. Seit der 1962 erfolgten Einführung der Präsidentschaftswahl durch das Volk gelang es keinem Präsidenten, im zweiten Wahlgang ohne die Unterstützung der Stimmen der Mitte die erforderliche Stimmenmehrheit zu erzielen, was bedeutet, dass der konsensfähigste Kandidat die meisten Chancen hat, die Wahl zu gewinnen. Anzunehmen, dass sich diese dreissig Jahre alte Spielregel plötzlich gewandelt hätte, kam der Missachtung einer Grundtatsache gleich und bedeutete, dass dem gaullistischen Verständnis der politischen Gesellschaft jeglicher Wert abgesprochen wurde.

Diese Verkennung lässt sich vermutlich durch die Tatsache erklären, dass

seit Beginn der achtziger Jahre die Führer des RPR die Gefangenen einer Wählerschaft waren, die sich ihrerseits verändert hat. Statt ihrer Formation die Struktur einer Partei zu geben, die alle zu gewinnen sucht — was der gaullistischen UNR in den sechziger Jahren zum Sieg verhalf und was später den Erfolg des Parti socialiste erklärt — haben sie den Weg des geringsten Widerstands gewählt.

Ein zunehmender Anteil ihrer Wähler sind Angehörige freier Berufe, Landwirte, ältere Personen. Indem sie darauf verzichten, ein Programm zu präsentieren, das geeignet ist, über diese sozialen Kategorien hinauszugehen und die Masse der Lohnempfänger zu gewinnen, bleiben sie an Bevölkerungsgruppen hängen, die ein deformiertes Bild der französischen Wirklichkeit abgeben. Eben dadurch können sie leicht in die Rolle der ewigen Minderheit geraten.

Die Führer der Rechten müssen aus einer unangenehmen Wirklichkeit die Konsequenzen ziehen: Sie sind nicht mehr die einzigen Führer der Opposition. Der «Front National» nämlich, diese in die normalen Kategorien eines demokratischen Systems nicht einzuordnende Partei, hält einen Stimmenanteil von mindestens 10 Prozent, ungefähr einen Fünftel der oppositionellen Stimmen, und sie wies — wenigstens bis zu Le Pens Verständnis für Saddam Hussein — keinerlei Anzeichen von Schwäche auf.

Das Problem des Front National ist Bestandteil einer verfilzten, aber realen Krise des französischen politischen Systems. Es liefert den Beweis für die mangelnde Integrationsfähigkeit der klassischen Rechten und der sozialistischen Partei.

Der Sozialismus auf der Suche nach einer Zielsetzung

Untersucht man die letzten Meinungsumfragen über die Wahlabsichten der Franzosen, dann stellt man fest, dass ein Drittel der Wähler ausserhalb der Kategorien des demokratischen Wechselspiels stehen, wären doch 9 Prozent bereit, für die extreme Rechte, 9 Prozent für die kommunistische Partei und 15 Prozent für die Ökologen zu stimmen.

Dieser Sachverhalt ist für die Opposition enttäuschend, da er ihre Unfähigkeit aufzeigt, die Stimmen der Unzufriedenen aufzufangen. Diese Zahlen sowie andere Gegebenheiten der französischen Gesellschaft werfen jedoch auch einen Schatten auf die grossen Ziele der sozialistischen Partei, nämlich ihre Mehrheit so sichern, dass sie in der Lage sein wird, das politische Leben zu beherrschen und die Veränderungen des Landes zu begleiten.

Vor zehn Jahren schon wiesen Beobachter des Aufstiegs der sozialistischen Partei darauf hin, dass sie sich, im Gegensatz zu ihren sozialdemokratischen Schwesterparteien des übrigen Europa, nicht auf mächtige Gewerkschaftsbewegungen und Verbände abstützt, die ihr die Kader und Schaltstellen des Meinungsaustauschs liefert, deren eine demokratische Partei zu ihrer Erneuerung bedarf. Nunmehr hat sich die Lage noch verschlechtert. Seit 1981 ist die Abnahme des gewerkschaftlichen Einflusses beeindruckend; sie beunruhigt sogar die Arbeitgeber, die auf repräsentative und kompetente Gesprächspartner angewiesen sind. Auch die lokalen Gemeinschaften, Grundzellen der Demokratie, leiden an mangelnder Anpassungsfähigkeit. 1982 hat mit einer hastigen und auch

unüberlegten Reform die Verwaltung zugunsten der Departemente dezentralisiert. Nun handelt es sich bei der Verwaltung aber um die einzige Kollektivität, die bei unseren europäischen Nachbarn kein genaues Äquivalent hat. Die Gemeinden und Regionen hat man jedoch verschont. Diese sind viel zu zahlreich, und es gelingt ihnen nicht, die Willensäußerungen und den Wunsch nach Beteiligung ihrer Bewohner auf befriedigende Weise zu verkörpern.

Diese Anhäufung von Schwächen ist vermutlich die Ursache zweier gravierender Mängel der sozialistischen Partei, nämlich ihre Unfähigkeit, die ganze Linke zu sammeln und ihre fehlende mittel- und langfristige Zielsetzung.

Zum ersten Punkt darf man nicht vergessen, dass der mächtige Parteiapparat der deutschen SPD den Aufschwung der Grünen nicht verhindern konnte; desgleichen hat sich die sozialistische Partei Italiens nicht auf das Niveau der KPI aufschwingen können.

Die Eigentümlichkeit des Falles Frankreich liegt jedoch darin, dass die Sozialisten gleichzeitig mit einer ökologischen Bewegung zusammenwirken, die sich reichlich bei deren Wählerschaft bedient hat, und mit einer KP, die sich — im Gegensatz zu ihrer italienischen Schwesterpartei — völlig abkapselt. Die Tatsache, dass in einem so hochentwickelten Land wie Frankreich ein Fünftel der linken Wähler weiterhin für eine Formation stimmt, deren politisches Modell, der reale sowjetische Sozialismus, zusammenbrach und deren Führung jede Glaubwürdigkeit verloren hat, ist nicht nur ein Rätsel, sondern auch ein Hinweis auf die Mängel in der politischen Auseinandersetzung und der lokalen Präsenz der Sozialisten. Die Zahlen sprechen hier für sich selbst. Seit 1981 hat der Anteil

«Es herrscht eine mürrische Stimmung. Die Zeit ist fern, da man sich über das Ende der franko-französischen Kriege freute, jetzt herrscht stattdessen Nostalgie der Konfrontation. Nicht einmal der Konflikt mit Irak erregt die einstigen Leidenschaften. Es gibt freilich gewisse Drittwelt-Ideologien, die sich bemühen, die Harmonie zu stören, aber auch das bleibt lustlos. Der demokratische Konsens, gegründet auf die Menschenrechte, hat sich durchgesetzt und verurteilt uns zur Apathie einer endenden Geschichte.»

«Esprit», Paris, September 1990,
Themenheft «La France politique».

der sozialistischen Partei in der linken Wählerschaft praktisch stagniert, wobei die Verluste der kommunistischen Partei weitgehend durch den Aufstieg der Umweltbewegung aufgewogen wurden. Bei unseren europäischen Nachbarn ist die Lage wesentlich anders: die SPD und die Labour Party haben in der extremen Linken keine Feinde, und die italienische SP hat ihren Abstand von der KPI ständig verringert.

Der Sozialistenkongress von Rennes signalisierte ein Problem, das für die Wähler noch weit entfernt scheint, nämlich die Nachfolge François Mitterrands, dessen Mandat 1995 zu Ende geht. Hingegen gab es keinerlei Grundsatzerflexionen oder -gespräche über das, was das Hauptanliegen der sozialistischen Führungsequipe sein sollte, nämlich ob die gegenwärtige Mehrheit den Franzosen für das nächste Jahrzehnt einen sozialdemokratischen Pakt vorschlagen möchte; welches wäre dessen Inhalt in Fragen der Sozialpolitik, des Unterrichts, der Städteplanung, der Steuern, der Verteidigung?

Wenn man bedenkt, dass ungefähr 50 Prozent der Wähler aufgerufen sind, ihre Stimme bei einer entscheidenden Abstimmung einem Kandidaten der Linken zu geben, begreift man, dass für eine herrschende Partei dieser gleichen Linken eine Gewissensprüfung keine unnötige Formalität darstellt. Man kann auch feststellen, dass durch das Fehlen einer politischen Botschaft ein Malaise hervorgerufen wird bei einer Bevölkerung, die kaum mehr Orientierungspunkte hat, die jedoch nicht gewillt ist, in Verbänden, Ideenklubs oder gewerkschaftlichen Organisationen zu kämpfen.

Dieses Nebeneinander von staatsbürgerlichen Passivität und Individualismus, das den heutigen geistigen Zustand der Franzosen charakterisiert, ist kein Ansporn für die Parteien, die erforderliche intellektuelle Anstrengung zu vollbringen.

Linke, Rechte und Europa

Keine Einschätzung der politischen Kräfte kann sich noch auf rein nationale Faktoren beschränken. Die europäische Integration, ein ebenso bedeutendes wie doppeldeutiges Phänomen, stellt die Sozialisten vor ein grausames Dilemma. Es ist klar, dass das integrierte Europa ein Raum des wirtschaftlichen Liberalismus sein wird, in welchem die Gesetze des Marktes voll zur Geltung kommen werden. Die Quoten und Regulierungen werden dort kaum zum Zuge kommen, wie dies die Verfechter einer strengen Reglementierung der elektronischen Medien erfahren haben. Das in Brüssel herrschende Klima lässt sich mit den Gewohnheiten der französischen Verwaltung kaum vereinbaren, insbeson-

dere nicht mit jenen von linken Regierungen. Wie können diese die Wahlprogramme der Zukunft vorbereiten, wenn sie teilweise auf gewisse Machtinstrumente, wie das Steuerwesen und die Verstaatlichungen, verzichten müssen, und sich mit den Desideraten nicht ebenso interventionistischer Länder, nämlich Grossbritanniens, der BRD und sogar Italiens, abfinden müssen? Hingegen ist kaum vorstellbar, dass die sozialistische Partei die nationalistischen und fremdenfeindlichen Reaktionen ausschalten würde, welche durch die gemeinsamen Entschlüsse heraufbeschworen werden könnten. Der europäische Integrationsvorgang wirkt demnach als Schwächungsmechanismus der traditionellen französischen Linken. Im Gegensatz dazu begünstigt er unbeabsichtigt verschiedene Minderheitsströmungen: die vereinten Ökologen wenden sich gegen die allgemeine Verschmutzung Europas, die rassistische äusserste Rechte gegen den Machtanspruch des Ausländers, die äusserste Linke bricht auf zur Verteidigung sozialer Randgruppen.

Allerdings wird die klassische Rechte, bestehend aus RPR und UDF, das europäische Abenteuer auch nicht unbeschadet überstehen. Ihre nationalistische Komponente fühlt sich bei der Vorstellung einer weitergehenden Integration nicht wohl. Ein Teil ihrer traditionellen Anhängerschaft — Landwirte, freie Berufe, Chefs von kleineren und mittleren Unternehmungen — hat von einem verstärkten Konkurrenzdruck einiges zu befürchten, und der Front National hält sich bereit, die Heere der Unzufriedenen aufzunehmen. Dennoch sind die Grundkonzepte der Europäischen Gemeinschaft für eine Rechtsregierung weniger störend, da sie nur über deren Anpassung an die

nationalen Realitäten wachen muss; die Sozialisten hingegen, die einer Anzahl ihrer Grundsätze treu bleiben möchten, werden gezwungen sein, in vielen Fällen eine defensive bis offen negative Haltung einzunehmen.

So wird die Suche nach einer französischen sozialdemokratischen Synthese nicht nur durch den Mangel an Phantasie der Sozialistenführer und den fehlenden Kampfgeist der Wähler behindert, sondern auch durch die Realitäten eines eher liberalen Europa. François Mitterrand und Michel Rocard, die eine Koalition ohne Zielsetzung anstreben und die durch ein gemeinsames politisches Schicksal verbunden sind, verdanken ihren gegenwärtigen Erfolg ihrem geschickten Taktieren sowie den Fehleinschätzungen der Oppositionsführer, die die Stimmung der Franzosen

nicht verstanden haben. Es wäre jedoch riskant anzunehmen, dass sich dieser Zustand eines labilen Gleichgewichtes ewig aufrechterhalten liesse. Früher oder später wird die Rechte wieder Politiker finden, die fähig sind, die Lage richtig zu analysieren und die aus den mit einem europäischen Zusammenschluss verbundenen Widersprüchen Nutzen zu ziehen. Dennoch werden die Mehrheit und die Opposition von heute ihre Glaubwürdigkeit nur bewahren können, wenn sie dem Auseinanderstreben der Wählerschaft Einhalt gebieten können und die drei Grundvoraussetzungen der europäischen Gemeinschaft in Übereinstimmung bringen können: freier Austausch, sozialer Schutz und Schonung der Umwelt.

Antoine de Tarlé

Der Golfkonflikt und die Bedeutung des Öls

Am 14. September 1990 feierten die erdölexportierenden Länder (OPEC) ihren 30. Geburtstag. Genau 30 Tage vor diesem Jubiläum hat das Gründungsmitglied Irak, unter Führung seines Staatschefs Saddam Hussein, die Einverleibung eines anderen Gründungsmitglieds, Kuwait, abgeschlossen und dieses Land seinem Herrschaftsbereich zugeschlagen. Ein Ereignis, das wahrhaft keinen Grund zum Feiern bot.

Mehr oder weniger überraschend kam die Okkupation des Emirats Kuwait durch Saddam Hussein für die ölabhängigen Industrieländer. Keines

dieser Länder hatte sich wohl vorgestellt, für das Ölland von der Grösse der Ostschweiz, mit einer Bevölkerung von weniger als 2 Millionen Kuwaitis, seine Soldaten kämpfen und sterben zu lassen. An Heerestruppen stehen heute an der Grenze zwischen Saudi-Arabien und Irak, bzw. dem okkupierten Kuwait, 14 Divisionen des Iraks 7 Divisionen gegenüber, bestehend aus 3 saudischen, 2 amerikanischen und 2 der Vereinigten Arabischen Emirate. Im Hinterland verfügt der Irak über weitere 30–35 Divisionen. Die Anti-Irak-Streitmacht wird in ihrer strategisch-operativen Planung «Desert Shield»

von der US-Air-Force, der US-Navy und ihren NATO-Verbündeten unterstützt.

Drei Monate nach dem Einmarsch in Kuwait

Weder die USA noch der Irak sind bereit, von ihren Positionen abzuweichen. Amerika und seine Verbündeten bestehen nach wie vor auf einem *«bedingungslosen Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait»*, wie der amerikanische Präsident Bush wiederholt erklärte. In der politischen Realität erwartet aber niemand, dass Saddam Hussein dieser Forderung nachkommt.

Ist damit die Hauptsorge, den Ölstrom aus dem Vordenen Orient weiterhin zu den Industrieländern fließen zu lassen, behoben? Kann die weltweite Anti-Irak-Koalition einen Krieg in dieser Lage verhindern? Wäre der bedingungslose Rückzug des Iraks aus Kuwait eine Lösung oder bleibt nur noch die Ultima ratio übrig?

Mit bisher unerwarteten Mitteln und äusserst medienwirksam hat Saddam Hussein in den vergangenen Wochen einige bedeutende «Signale» in Richtung USA gesandt. Dazu gehören auch Kontakte über halboffizielle und diplomatische Kanäle und nicht zuletzt das «Katz-und-Maus-Spiel» mit Geiseln. Natürlich ruft Saddam Hussein, mit Hilfe der vom Westen in und um Kuwait installierten modernsten Medieneinrichtungen, zum «Heiligen Frieden» in seinem Sinne auf. Er appelliert an die Araber, die US-«Imperialisten» von den heiligen Städten zu vertreiben und deren israelische Helfershelfer zur Aufgabe der besetzten Gebiete Palästinas zu zwingen.

Die moderne Medienschlacht läuft nicht mehr wie zur Zeit Lenins über die Stimme eines Sprechers von Radio Moskau ab, sondern wird heute durch einen Stab von über 170 vorwiegend TV-Korrespondenten aus den Emiraten Abu Dhabi und Dubai kommandiert. Schwerer als je zuvor ist dabei für den Fernsehkonsumenten, die Rolle des Agierenden von der des Reagierenden zu unterscheiden, schwer zu erkennen, wer gerade angreift und wer die Rolle des Verteidigers einnimmt. Sicher ist nur wahrzunehmen, dass die Interaktion zwischen den USA und dem Irak über TV via Satellit hervorragend funktioniert. Daraus lassen sich inzwischen auch deutlich die per Bildschirm verbreiteten Forderungen des Iraks erkennen. Von der Erfüllung dieser Wünsche — so der aussenpolitische Sprecher des Iraks, Aziz — hängt es ab, ob Kuwait von den Irakern geräumt werden wird oder nicht. Bei den Forderungen des Iraks handelt es sich im einzelnen

1. um die Anerkennung einer Föderation zwischen Kuwait und dem Irak;
2. um Garantien für den freien Zugang irakischer Schiffe zu seiner nur knapp 30 km langen Küste am Schatt-el-Arab;
3. um die Sicherung dieses Zugangs zu gewährleisten, sollen die beiden kuwaitischen Inseln Belijan und Warwa besetzt bleiben oder dem Irak zugeschlagen werden;
4. um die Übernahme der Förderrechte für das gesamte Rumaila-Ölfeld, das zum grössten Teil auf irakischem Staatsgebiet liegt aber seit Jahren auch von kuwaitischen Pumpstationen abgebaut wird.

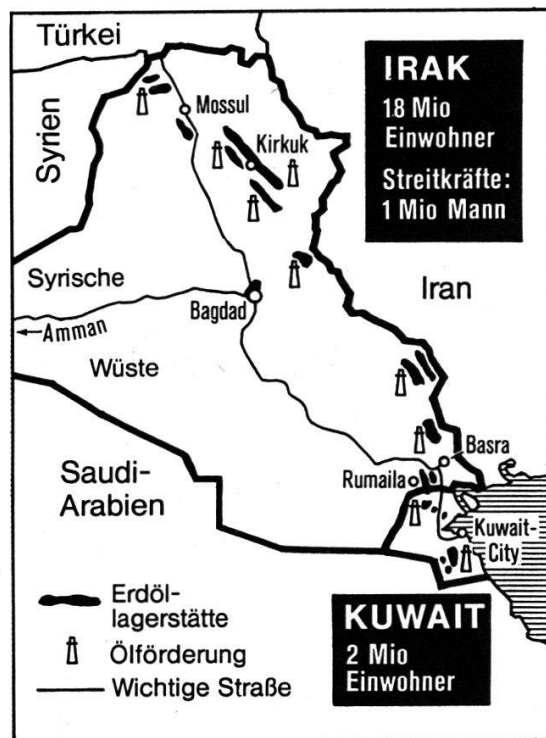
Diesen Forderungen steht die amerikanische Forderung des «bedingungslosen Abzugs der Irakern aus Kuwait»

gegenüber. Obwohl der Streit um das Ölfeld von Rumaila Saddam Hussein als Vorwand zum Einmarsch in das Emirat diente (Saddam: *«Kuwait zapft unsere Ölfelder an und raubt unser Öl!»*), sind in diesem Punkt die Amerikaner, wenn auch nur inoffiziell, inzwischen der Auffassung, dass nach dem von ihnen geforderten Abzug darüber zwischen den verfeindeten Ländern verhandelt werden soll.

Spätestens hier stellt sich die Frage, ob diese Haltung, bei gleichzeitiger Erhaltung des Status quo, nicht bereits eine Anerkennung des Systems Saddam Husseins ist?

Irak und OPEC

Nach Saudi-Arabien ist der Irak im Hinblick auf seine Ölproduktion das zweitwichtigste OPEC-Mitglied. Sollte es die Ölquellen Kuwaits behalten können, so wäre es innerhalb der OPEC nahezu ein gleichgewichtiger Partner (bzw. Rivale) Saudi-Arabiens. Von 1988 bis zum 2. August 1990 bestanden für den Irak und den Iran paritätische Fördervereinbarungen, wie sie der OPEC-Förderüberwachungsausschuss in Wien festgelegt hatte. Trotzdem begünstigten diese Festlegungen den Irak, der über mehr flexibel einsetzbare Förder- und Verladeeinrichtungen als der Iran verfügt und zudem durch natürliche Standortvorteile nur geringe Förderkosten aufbringen muss. Die irakische Regierung, geführt von Saddam Hussein mit seinen expansiven Zielen in der arabischen Welt, übt innerhalb der OPEC einen starken Druck auf die Ölpreispolitik aus. Wie die Entwicklung in der Golfregion beweist, ist den Irakis zur Durchsetzung ihrer Ölpreisvorstellungen jedes Mittel recht.



Unabhängig von den politischen und wirtschaftlichen Zielen des Iraks bestanden bis Ende des Krieges mit dem Iran (1988) einige Handicaps, z. B., dass die Erweiterung der Ölförderung durch Kriegshandlungen bedroht wurde, dass die Verladeeinrichtungen am Golf zeitweise ausfielen und die OPEC den Irakis eine teilweise einengende Quotierung vorschrieb. Diese Behinderungen waren aber bis zum Einmarsch der Irakis in Kuwait weitgehend beseitigt. Einziger Konfliktstoff war die Ausbeutung des Ölfeldes von Rumaila, das sich unter den Staatsgrenzen von Irak und Kuwait ausdehnt, und aus dem die Überproduktion des Rohöls aus Kuwait stammte. Der Irak hat nur über den Schatt-el-Arab bei Basra Zugang zum Golf.

Aus historisch-politischen Gründen war der Irak in der Vergangenheit ein sehr instabiler Staat. Nach Auffassung des englischen Orientalisten Michael Hudson ist der Irak *«das am schwersten*

regierbare aller arabischen Länder»¹. Die Gründe für die dauernde Instabilität sieht Hudson in nationalen (Kurden) und religiösen (Schiiten versus Sunniten) Problemen, die letztlich auch für das Scheitern der 1958 eingeleiteten Landreform verantwortlich sind. Diese divergierenden Interessen eines rund 16 Millionen Einwohner zählenden Binnenstaates, der von den verschiedensten Völkern bewohnt und umgeben wird, liess bisher jeden Versuch einer stabilen Nation-Bildung scheitern. Das derzeitige Baath-Regime — eine starke panarabische Bewegung — ist seit dem Staatsstreich vom 14. Juli 1968 an der Macht. Seit Mitte der siebziger Jahre ist Saddam Hussein Iraks unumstrittener Führer, der einen straff organisierten Staatsapparat aufbaute. Es herrscht ein Personenkult, der den Mangel an historischen Werten und kulturellen Leistungen ersetzen soll. Zur gleichen Zeit beseitigte Saddam Hussein alle oppositionellen Gruppen im Lande.

Der Waffenstillstand vom Sommer 1988 mit dem Iran beendete den blutigen Krieg, in welchem der irakische Führer seine Ziele nicht erreichen konnte, doch förderten die militärischen Opfer, vor allem aber die Propagandakampagne über den «glorreichen Sieg», den Nationbildungsprozess der Irakis. Saddam Hussein erhob historische Ereignisse, wie den Sieg der arabischen Stämme über die Perser im Jahre 637 n. Chr. in Qadisiva, zu irakischen und grossarabischen Symbolen. Er benutzte das Feuer des Krieges, um ein neues irakisch-grossarabisches Nationalbewusstsein zu schmieden, etwas, was ihm in Friedenszeiten nicht gelungen wäre.

Nach dem Ende des Krieges gegen den Iran dachten viele, dass Saddam

Husseins aussenpolitische Ansprüche am Schatt-el-Arab erfüllt seien. Tatsächlich ist ihm während des Krieges eine äussere wie innere Arrondierung gelungen. Dazu hatte er strategisch wichtige Teile des Irans besetzt. Es war aber vor auszusehen, dass Saddam Husseins Ambitionen bezüglich einer gesamtarabischen Entwicklungspolitik sich nicht im rationalen Rahmen mittel- und langfristiger Wirtschaftsabkommen — zugunsten und mittels seiner OPEC-Nachbarn — erschöpfen würden. Hussein braucht die OPEC — erst recht, wenn er den gegenwärtigen Konflikt überstehen sollte — für seine Interessen. Die OPEC andererseits ist auf potentiell so wichtige Ölländer wie den Irak (Iran und Saudi-Arabien) angewiesen, sonst verliert sie ihre wirtschaftspolitische Bedeutung.

Im Irak beträgt das Steueraufkommen aus dem Ölgeschäft 97 Prozent der Staatseinnahmen. Somit ist die Ölförderung und -industrie lebenswichtiger Faktor jeder Entwicklung. Die irakischen Ölfelder verteilen sich auf den Nordosten und Südosten des Landes. Einige Felder gelten nach internationalem Standard als «super giant» (riesengross) und bergen Kapazitäten, die weit bis ins nächste Jahrtausend reichen dürften. Die besonderen geographischen Bedingungen erlauben es, mit relativ niedrigem Kosten- und geringem Unterhaltsaufwand für die Förderanlagen auszukommen.

Modernisierte Infrastruktur

Die gesamte Ölindustrie ist seit 1972 verstaatlicht und hochentwickelt. Im Vergleich zu anderen Länder am Golf besitzt der Irak nach Saudi-Arabien die grössten Ölfelder bzw. Ölreserven im

Vorderen Orient. In Friedenszeiten kann der Irak schätzungsweise 3,5 mbd (Millionen Barrel Erdöl pro Tag; 1 Barrel entspricht 159 Liter/Saudi-Arabien maximal 10 mbd) fördern, und diese Fördermenge kann noch gesteigert werden. Die OPEC-Fördergrenzen betrugen bis zum 2. August 1990 für das Land 2,78 mbd. Der Eigenbedarf beträgt nur 0,3 mbd. Bis zur Einverleibung Kuwaits exportierte der Irak im Durchschnitt 2,4 mbd. Ein kleiner Teil davon wurde zum Verladehafen Yanbu am Roten Meer gepumpt, ein grösserer Teil per Pipeline durch die Türkei nach Ceyhan ans Mittelmeer, und der geringste Teil — etwa 0,2 mbd — wurde vom Verladeterminal Al-Bakr bei Basra am Persischen Golf verschifft. Mittels dieser modernen Transporteinrichtungen konnte der Irak während der gesamten Kriegsdauer mit dem Iran sein Öl ohne grössere Gefährdung im Schutze benachbarter Staaten auf den Markt bringen. In den letzten Kriegsjahren haben sich die derzeitigen Feinde Saddam Husseins, Kuwait und die USA, als Freunde der Irakis ausgezeichnet; sie transportierten am Terminal Al-Bakr und in Kuwait selbst irakisches Öl unter amerikanischer Flagge, um es den Angriffen des Irans zu entziehen.

Für das Jahr vor dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait kann man aus Pressemitteilungen einen konzentrierten Ausbau der Ölfördereinrichtungen feststellen. Die Förderinfrastruktur lässt demnach heute eine Verschiffung von 5,5 mbd zu. Damit hat der Irak — ähnlich wie Saudi-Arabien — ein Limit überschritten, das es seinem Ölministerium erlaubt, als Swinglieferant auf dem Weltmarkt aufzutreten. Ob es dazu noch kommt, lässt sich nicht prognostizieren.

Der extensive Ausbau der irakischen Ölförderkapazitäten ist das grösste Problem für die Ölförder- wie für die Ölabnehmerländer geworden. Stossen z.B. mittelfristige Liefervereinbarungen der OPEC — diese können beispielsweise von einem halben Jahr bis zu fünf Jahren dauern — aufgrund wachsenden Weltölbedarfs, an ihre Grenzen, können Länder wie Saudi-Arabien und wie potentiell der Irak als zusätzliche Anbieter auftreten. Damit werden Länder mit dieser hohen Lieferflexibilität zu marktsteuernden Mächten, die die OPEC dominieren und gleichzeitig Nicht-OPEC-Länder in Schach halten können. Eine solche Gefahr deutet auch *«The Wall Street Journal»* vom 12. Juni 1989 an, wobei der Nahostkenner James Tanner besonders auch auf finanzpolitische Gefahren für die westlichen Industrieländer und Japan verweist². Vor dem Hintergrund des steigenden Weltölbedarfs kann auf längere Sicht nicht auf das Öl Kuwaits und des Iraks verzichtet werden. Nach einem etwaigen Aufweichen der Sanktionen gegen den Irak wird nach wie vor ein unberechenbares Regime am Ölhahn des Vorderen Orients sitzen.

Im Juni 1989 fand die 85. OPEC-Konferenz statt. Ihre Beschlüsse standen diesmal auch unter zunehmendem Druck der Abnehmerländer, die neben der OPEC-Quotenregelung auch verschiedene mittelfristige Liefervereinbarungen wünschten. Die Konferenz suchte einen Ausgleich zwischen dem erwarteten zunehmenden Welt-Öl-Bedarf und den Wünschen einzelner Mitgliedsländer, nämlich (Höchst-)Festpreise je Barrel durch Verminderung der Fördermengen zu erzielen. Die Höchstfördermenge aller OPEC-Mitglieder wurde auf 19,5 mbd festgelegt,

die anteilmässig auf die Länder verteilt wurde. Diese Regel blieb bis zum 28. August 1990 erhalten. Kuwait erhielt, trotz höherer Förderkapazitäten, aber wegen der geringen Bevölkerung von um die 2 Millionen Einwohnern, eine geringere Förderquote zugeteilt, als die, die es erwartet hatte, und empfand dies als ungerecht. Der kuwaitische Ölminister, Scheich Ali Kalifah al-Sabbah, konnte einige Partnerländer von dieser «Ungerechtigkeit» überzeugen und im September 1989 eine Nachkonferenz der OPEC auf Ministerebene durchsetzen. (Zu diesen Ländern gehörten die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Abu Dhabi.) Kuwait setzte zwar eine Art «Langzeitstrategie» zur Festschreibung seiner Fördermengen durch, zu deren Einhaltung es von den anderen OPEC-Mitgliedern Garantien erwartete. Zu solchen Garantien waren aber Länder wie der Irak und Indonesien nicht bereit. Zu lange haben nahezu alle grossen Ölförderländer zu ihrem eigenen Vorteil Gesamtvereinbarungen unterlaufen, als dass sie plötzlich, weil es der Weltölmarkt opportun erscheinen liess, von allen eingehalten würden. Als Resultat der September-Konferenz von 1989 lassen sich drei bedeutende Veränderungen der OPEC-Strategie erkennen:

1. Die OPEC als Wirtschaftseinheit kann den Wunsch ihrer Mitglieder wie den der Abnehmerländer nach längerfristigen Lieferverträgen und relativ stabilen Ölpreisen sehr wohl erfüllen. Sie möchte sich aber bei steigendem Weltölbedarf die Option offenhalten, ab einer bestimmten Marge mehr Öl zu höheren Preisen liefern zu können. Hauptschwierigkeit bereitet dabei das Problem der gerechten Quotenzuteilung innerhalb der OPEC. Dass die

OPEC über entsprechende Voraussetzungen wie z.B. Marktbeobachtungsinstitute, Kommunikationssysteme und Überwachungsinstitutionen u.a. verfügt, wurde Ende 1989 erstmals deutlich und auf der letzten OPEC-Konferenz — drei Wochen nach dem Einmarsch Iraks in Kuwait — weltweit demonstriert. Die OPEC konnte innerhalb weniger Tage das sprunghafte Ansteigen des Ölpreises durch Erhöhung seiner Liefermengen stoppen, was aber die spekulative Preispolitik auf den Märkten in New York, Amsterdam und Tokio nicht langfristig beeinflusste. Die Multis machten die Hauptgewinne, nicht die Förderländer, wenn man einmal von Libyen, dem Krisengewinnler Nummer 1, absieht.

2. Die Probleme innerhalb der OPEC-Mitglieder liessen sich nach Ende des Krieges zwischen dem Iran und dem Irak nicht mit friedlichen Mitteln in Freiheit und zum Wohle aller lösen.

3. Die letzte erkennbare Veränderung innerhalb der OPEC betrifft die von Saddam Hussein bereits vor 1988 eingeleitete expansive Erhöhung irakischer Förder- und Versandkapazitäten. Durch sie konnte sich der Irak zum nach Saudi-Arabien bedeutendsten Förderland der OPEC aufschwingen. Das obstruktive Verhalten der Emirate, besonders Kuwaits — hinter dem Saudi-Arabien stand — gegenüber dem Streben nach einer marktbeherrschenden Stellung des Iraks, ist Mitursache des derzeitigen Golfkonflikts und des Einmarsches irakischer Truppen in Kuwait am 2. August 1990.

Versuchen wir vor diesem Hintergrund eine Antwort auf die Frage zu geben, welche Bedeutung das Öl für den Irak (aber auch die Golfländer) darstellt, so lautet unsere Antwort: Das

Anwachsen der Golf-Anrainer zu den bedeutendsten Öllieferanten der Welt hat auch vor dem Irak nicht haltgemacht. Der wesentliche Unterschied zwischen den OPEC-Mitgliedern am Golf und dem Irak besteht darin, dass die herrschenden Clans, bzw. die noch feudal regierenden Herrscherhäuser, mehr oder weniger saturiert sind. Der Irak Saddam Husseins ist dies aber nicht. Hinter ihm stehen nach einer alten revolutionären Formel Millionen, nicht Millionäre. Selbst wenn diese Formel medienwirksam überzogen ist,

alles in allem bereitet sie den ölabhängigen Ländern wie den mächtigen Ölpotentaten Angst. Dies ist das Hauptproblem der OPEC, ein Problem, das der Iran-Irak-Krieg nicht löste und das auch nach dem gegenwärtigen Golfkonflikt nicht gelöst sein wird.

Stefan W. D. Spanik

¹ Hudson, Michael: «Arab Politics — The Search For Legitimacy, London 1987, S. 267f. — ² Tanner, James: «Dividing the Spoils, OPEC...» In: «The Wall Street Journal» vom 12. Juni 1989, S. 3.

Übungen im Gebrauch der Freiheit

Das Schauspielhaus und die Bank Leu

Vorerst sollte man abwarten und aufmerksam verfolgen, wie sich auf die künstlerische Arbeit des Schauspielhauses unter Achim Benning auswirken wird, dass sich die Bank Leu entschlossen hat, als Sponsor — angestrebt ist: als Leader einer Sponsorengruppe — in die Lücke zu treten, die dadurch entstanden ist, dass der Stadtrat von Zürich eine beantragte Erhöhung der Subventionen abgelehnt hat. Erste Kommentare umspannen in ihrer Einschätzung dieser Nachricht Erleichterung und Dankbarkeit, aber auch Skepsis und Argwohn. Wer indessen keinen Sinn darin finden konnte, dass die renommierte Sprechbühne am Pfauen ihr Angebot reduzieren müsste oder in der Qualität ihrer Leistungen nachlassen könnte, wer sich ausserdem für Zürich als Kulturstadt mitverantwortlich fühlt und nicht dem Kurzschluss verfällt, er nehme diese Verantwortung

in der Förderung der alternativen Kultur am ehesten wahr, der musste nach dem ablehnenden Entscheid des Stadtrates auf private Helfer hoffen. Die freien Truppen, die Kleintheater und Experimentierbühnen, die wagemutigen Theatermacher und Aktionskünstlerinnen, die es in dieser Stadt gibt, sind zwar ein nicht wegzudenkendes Umfeld, ein Potential reaktionsschneller und sensibler Theaterkultur; die Ausstrahlung und Wirkung einer Institution wie derjenigen des Schauspielhauses — sofern seine Produktionen leben — ersetzen sie nicht. In der Geschichte des Theaters am Pfauen hat es bekanntlich schon einmal eine Krisensituation gegeben, die allein durch private Initiative gemeistert wurde. Als Ferdinand Rieser sein Unternehmen aufgab, war die Stadt Zürich trotz wiederholter Behandlung des Geschäfts nur unter der Bedingung zu einem

finanziellen Engagement zu bewegen, dass von privater Seite der Anfang gemacht werde. Die Rechtsform der Neuen Schauspiel AG erinnert bis heute daran, und man kann ja wohl in diesem Fall nicht sagen, damals sei das freie Wort (und das Ensemble der aus Nazideutschland emigrierten Schauspieler) wegen der Investitionen einiger privater Aktionäre in Gefahr gewesen, ganz im Gegenteil.

Damit freilich kann man nicht vergleichen, was jetzt mit dem Sponsoring der Bank Leu seinen Anfang nimmt. Zwar erklärte der Präsident der Generaldirektion an der gemeinsam mit dem Verwaltungsrat der Neuen Schauspiel AG durchgeführten Pressekonferenz, sein Unternehmen habe selbstverständlich auch Interessen wahrzunehmen, vornehmlich in der starken Motivation seiner Mitarbeiter und vielleicht auch seiner Kunden, aber die Finanzhilfe erfolge frei von jeglicher Auflage. Das Schauspielhaus bleibe in der Gestaltung seiner Spielpläne, in seiner künstlerischen Arbeit und in der Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel völlig frei. Ob das nicht eine honorige Absichtserklärung ist, die in einem denkbaren Konfliktfall rasch in Frage gestellt sein könnte, kann man nicht wissen. Hier jedenfalls setzen die Skeptiker mit ihren Bedenken ein. Ob denn, so wurde gefragt, die edle Tat des Bankhauses nicht geradezu wie daraufhin angelegt scheine, jedermann davon zu überzeugen, «dass Theater eben nur Theater sei», etwas für den unbeschwerteren Feierabend? Werde denn die Irrelevanz des freien und unbequemen Wortes auf der Bühne nicht eben dadurch offengelegt, dass inskünftig vermutlich in den Programmheften an gut sichtbarer Stelle zu lesen sei, die Aufführung von Dürrenmatts Oper einer Privat-

bank «Frank der Fünfte» zum Beispiel sei dank den Beiträgen der Bank Leu (und weiterer namentlich genannter Sponsoren) ermöglicht worden? Unsere Gegenfrage: Wäre denn die Relevanz, wäre die Wirkung dieser oder einer andern gesellschaftskritischen Inszenierung etwa grösser oder überhaupt gewährleistet, wenn die Stadt ihre Subventionen erhöht und damit die rettende Hilfe der Privatwirtschaft unnötig gemacht hätte? Entscheidend ist doch allein die Freiheit der künstlerischen Arbeit — und freilich auch ihre Qualität. Darüber ist von uns allen zu wachen, von den Theatermachern selbst ebenso wie von den Zuschauern, nicht zuletzt auch von der Theaterkritik. Falls die Bühne ihrem Sponsor gegenüber (der ja den kleineren Teil der zur Aufrechterhaltung der Institution notwendigen Mittel freiwillig beiträgt) zu Rücksichten neigen sollte, zweifle ich nicht einen Augenblick an der Wachsamkeit der Öffentlichkeit. Vielleicht festigt sich in dieser neuen Situation sogar das Bewusstsein der Partnerschaft zwischen dem Schauspielhaus und seinen Kritikern...

Wir wollen uns keine Illusionen machen. Der Finanzbedarf der Kunstinstitute wird steigen, die Möglichkeiten der öffentlichen Hand haben jedoch ihre Grenze. Es ist selbstverständlich, dass in dieser angespannten Lage genau und fachmännisch geprüft wird, wie es mit der Effizienz, mit der Organisation und mit der Kontrolle innerhalb von Subventionsbetrieben steht. In dieser Hinsicht hat die Schweizerische Treuhandgesellschaft eine Analyse der Führungs- und Kostenstruktur des Schauspielhauses vorgelegt, die im ganzen positiv lautet, aber doch Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten in der Produktionsplanung, Steue-

rung und Überwachung aufzeigt. Man sollte sich allerdings auch bewusst sein, dass die Priorität von Effizienz die künstlerische Freiheit einengt. Man kann jedenfalls nicht einfach meinen, genügend Geld, optimal eingesetzt, garantiere auch schon Theater von höchster Qualität. So wichtig es ist, dass haushälterisch mit den verfügbaren Finanzen umgegangen wird, dass die Einspielergebnisse nicht rückläufig werden und dass die innerbetriebliche Information und Kommunikation Leerläufe und Planungsspannen ausschliessen, so wichtig ist es auch, das Schauspielhaus davor zu bewahren, eine bestens funktionierende und straff geführte Theaterproduktionsanstalt zu werden, an der altbewährte Darstellungsbeamten ihre Rollen abliefern.

Leopold Lindtberg hat einmal gesagt, man könne ohne den Vorhang und Kulissen Theater spielen, ohne Ideen könne man es nicht. Ende März 1990 hielt Direktor Achim Benning einen öffentlichen Vortrag zum Thema *«Theater in Zürich – wozu?»*. Der Text ist im Mai-Heft der *«Schweizer Monatshefte»* und in der hauseigenen Programmvorschau 1990/91, erster Teil, im Wortlaut abgedruckt. Beim Wiederlesen fallen einem die unzähligen Zitate auf, die Benning in seine vorsichtig-ironische Causerie verwoben hat, Aussprüche über das Theater allgemein, Bonmots über den *«Terrorismus von Cliques»*, dem es ausgesetzt sei, um schliesslich in Nestroy's bedingt optimistische Sentenz auszumünden:

*«Die Zukunft bietet Hoffnungen,
aber wie zur Zukunft gelangen
ohne sie?»*

Den Ausgang aber nimmt Bennings Vortrag von einem Ausspruch, den Peter Brook vor zwanzig Jahren getan

hat: *«Warum überhaupt Theater? Wozu?»* Hier, so scheint mir, müsste die ernsthafte Diskussion einsetzen. Wir haben in Zürich erlebt, welche Begeisterung und Zustimmung eben dieser Peter Brook jüngst wieder mit einer Shakespeare-Inszenierung ausgelöst hat, die offensichtlich jeden Besucher zu einer Antwort ohne alles Zögern motiviert hätte: weil es das gibt, was Brook da mit einfachen Requisiten und spielfreudigen Schauspielern auf die Bühne gezaubert hat. Aus keinem andern Grund müsste es Theater geben als dem, dass es ein Schauvergnügen und zugleich eine Reflexion des Menschen über sich selbst ist (wie Novalis gesagt hat). Und es ist ja nun leider kein Geheimnis, dass Erfahrungen dieser Art im Schauspielhaus eher weniger gesucht und auch weniger gefunden werden als auch schon. Ich glaube nicht, das sei eine Frage der Mittel, die dem Theater zur Verfügung stehen. Woran es liegt, ist schwer zu sagen. Zweifellos käme es darauf an, dass es dem Autor, dem Regisseur und den Schauspielern gelingt, den Zuschauer in ihr Spiel einzubeziehen. Ich würde sogar einen stärkeren Ausdruck wählen und davon sprechen, das Theater müsse den Zuschauer in Bewegung setzen. Damit ist nicht etwa eine Art von Agitation gemeint; dieses Missverständnis hat im Theaterwesen genug Verheerung angerichtet. Manchmal möchte man meinen, wenn die Rede vom *«freien Wort»* geht, sei noch immer nichts anderes gemeint als der rebellische Widerspruch gegen bestehende Verhältnisse. Bewegendes, unmittelbares Theater durchbricht Konventionen, artikuliert sich auf einer neuen und anderen Ebene als derjenigen, auf der wir unsere politischen und ideologischen Gegensätze austragen. Das Theater hat

eine Mittelstellung zwischen Alltag und Spiel. Die Welt, die uns täglich umgibt und mit der wir uns abzugeben haben, und die ganz andere Welt, die in den Entwürfen der Dichter und Künstler entsteht, kommen im Raum des Theaters zusammen. Für die Dauer eines Theaterabends sind es nicht mehr getrennte Welten, und nicht länger können wir uns im glücklichen Fall der Täuschung hingeben, die beiden hätten nichts miteinander zu tun. Das Theater jedenfalls hat die Chance — und sollte sie nutzen —, seine Zuschauer in Bewegung zu setzen, im Spiel vor allem, das eine Vorübung im Gebrauch der Freiheit ist.

Das ist eine grosse und schwere Aufgabe, gewiss, und ohne die Bereitschaft des Publikums, auf das Spiel der Schauspieler einzugehen, ist sie nicht zu lösen. Aber das Erste ist das Angebot des Theaters, seine verführerische, verzaubernde Macht, die nichts zu tun hat mit verächtlich gemachter Kulinarik, sondern vielleicht ein wenig auch mit der Kunst des grossen Clowns, die zugleich lustig und sehr genau ist. Es sind ja nicht einfach die Spässe, die törichten Veranstaltungen und banalen Kunststücke, mit denen der Clown unsere Sympathie gewinnt. Es ist der Ernst, mit dem er sich darum bemüht, es ist seine Betrübnis beim Misslingen und seine Riesenfreude, wenn er kann, was er sich vorgenommen hat, was uns mit ihm hoffen, mit ihm frohlocken und lachen lässt. Er enthebt uns den Sachzwängen, die uns niederdrücken. Er entführt uns in seine ganz andere Welt. Das tut auch das Theater, wenn es in

Peter Brooks Sinn «unmittelbar» ist. Am Schluss seines Buches *«Der leere Raum»* beschreibt er den Vorgang, wie das Spiel auf der Bühne «unmittelbar» wird: *«Gelegentlich an einem sogenannten ‹guten Abend› trifft er (der Schauspieler) auf ein Publikum, das irgendwie ein aktives Interesse und Leben in seine Zuschauerfunktion einfliessen lässt — das Publikum leistet ‹Assistance›. Mit diesem Dabeisein, dem Dabeisein von Augen und Wünschen und Genuss und Konzentration wandelt sich ‹Répétition› zur ‹Représentation›. Dann trennt das Wort ‹Représentation› nicht mehr Schauspieler und Publikum, Schauspiel und Zuschauer: es umschliesst sie; was für den einen präsent ist, ist es auch für den anderen. Auch die Zuschauer haben sich gewandelt (...) Die Zuschauer assistieren dem Schauspieler, und zu gleicher Zeit kommt dem Publikum von der Bühne eine ‹Assistance› zurück.»*

Die Schauspieler allein schaffen es nicht, wenn sie ein «schlechtes» und nicht ein «gutes» Publikum haben. Wie es damit in Zürich und vor allem in dem Publikumskreis bestellt ist, der das Schauspielhaus regelmässig besucht, muss unbeantwortet bleiben. Die Erfahrung lehrt jedoch, dass «unmittelbares» Theater, wie es Peter Brook beschreibt, das «gute» Publikum anzieht. Weder Subventionsgeber noch Sponsoren vermögen mehr als die unabdingbaren materiellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass immer aufs neue der Versuch unternommen werden kann, das Theater «unmittelbar» werden zu lassen.

Anton Krättli